

große Zahl von Protesten eingelaufen, die Alten sind daher von der betreffenden Abtheilung des Reichstages an die Wahlprüfungscommission zur Berichterstattung überwiesen worden. Bei der großen Mehrheit, mit der Alwardt gewählt wurde, sind die Proteste aussichtslos.

Die weipziger Zeitung schreibt: Nicht im Inhalt der Decretsvorlage, sondern in den Steuervorlagen wurzelt die Abneigung der Wählerkreise gegen die Heeresreform, und vorzugsweise diese Stimmung der Wählerkreise ist es, die die Abgeordneten hindert, der Regierung soweit entgegenzukommen, wie es viele von ihnen nach ihrer persönlichen Ueberzeugung wohl wünschen. Die Grundgedanken der Heeresreform sind so gesund, daß das Verständnis für ihre Vorzüge, ja für ihre Nothwendigkeit, auch in weiteren Kreisen sichtbar forschreitet. Was den völligen Durchbruch der Vorlage günstigen Stimmung hindert, ist nach unseren Beobachtungen lediglich die allgemein verbreitete Abneigung gegen die höhere Besteuerung von Gegenständen des Massenverbrauchs und gegen weitere der Landwirthschaft anzuwendende Opfer. Wollte die Steuervorlage dem Börsengeschäfte etwas herzlicher zu Liebe gehen, so wäre höchstwahrscheinlich auch die Decretsvorlage bedingungsloser Zustimmung in weiten Kreisen sicher. Auch wenn die Steuervorlage in Sachen der Börsensteuer nur etwa halb so weit gehen wollte, wie wir vorschlagen, ließe sich die Erhöhung der Branntweinsteuer ganz, die der Branntsteuer wenigstens zum Theil umgehen. Wir glauben daher noch immer, daß die befriedigendste Lösung der jetzigen Wirren auf der Linie liegt, die wir von vornherein als die aussichtsreichste bezeichnet haben, auf der Linie der Börsensteuerreform.

In der Budgetcommission des Reichstages besprach Abg. Graf Behr die Zeitungsbeiförderung. Er führte eine Brochüre an, wonach die Post, wenn die Zeitungen den richtigen Preis bezahlen würden, eine Mehrerinnahme von 10 Millionen erzielen würde. Jetzt müßten einzelne Zeitungen vier- und fünfmal so viel wie andere bezahlen. Staatssekretär von Stephan gab zu, daß der Zeitungstarif nicht mehr rationell sei. Eine radikale Reform würde aber sehr tief einschneiden. Immerhin sei eine gesetzliche Regelung notwendig. Die Vorarbeiten darüber mit Bayern und Württemberg seien seit Jahresfrist im Gange. Man hoffe im April oder Mai eine Konferenz darüber in Stuttgart abzuhalten. Im Laufe des Herbstes werde wahrscheinlich nach der Zustimmung des Bundesraths eine entsprechende Vorlage gemacht werden. Allerdings werde dann wie um die Verträge des Patroklus gekämpft werden; eine Aenderung müsse aber eintreten. Die Einnahme wurde bewilligt.

Der Zustand der Bergarbeiter ist beinahe erloschen. Im Saargebiet waren gestern im Ganzen 1402 Mann ausständig, im Essener Bezirk gegen 5500 Mann.

Am Sonntag fand, wie angekündigt, in Berlin eine Vorbereidung zur Bildung der vielbesprochenen neuen Partei statt. Es sollen etwa 25 Personen anwesend gewesen sein, darunter einige sächsische, aber keine aktiven Abgeordneten. Es scheint, daß zunächst mit den Mittelparteien Fühlung genommen werden soll.

Vom Reichstag. In Beantwortung der Interpellation des Abg. Brömel, betreffend die Abänderung des Waarenzeichnisses zum Zolltarif, führte der Schatzsecretär Freiherr von Malgahn aus, es gehe nicht an, den Entwurf ganz oder theilweise zu veröffentlichen. Der Zweck der Interpellation könne aber durch die Absicht des Reichstages erreicht werden, zwischen die Beschlüsse der Ausschüsse des Bundesraths und die Beschlüsse des Reichstages selbst einen genügenden Zeitraum zu legen, um den Regierungen Gelegenheit zu geben, den Handelsvorständen von dem Entwurf Kenntnis zu geben und ihre Äußerungen entgegenzunehmen. Der Reichstag begann dann die weitere Beratung der Branntweinsteuervorlage. Abg. Uden (conservativ) hält im Interesse des Reiches, des Brennereigewerbes und der Landwirthschaft den Aufbau der Branntweinsteuer auf der Grundlage des Hopfspiritusmonopols für das richtigste. Dieses Monopol würde 200 Millionen bringen. Jedner hat einzelne Bedenken gegen die Vorlage, würde aber die Militärvorlage angenommen, so würde er sich aus patriotischen Gründen auch gegen diese Vorlage nicht sträuben. Abg. Barth (freisinnig) polemisiert gegen die Aufrechterhaltung der Steuerdifferenz, wodurch vierzig Millionen dem Reiche entzogen würden und den Brennern zustoßen. Seine Partei wolle keine Erhöhung der Branntweinsteuer. Wollte man aus dem Branntwein mehr Geld herausziehen, so müsse man absolut an die Aufhebung der Steuerdifferenz herangehen. Der bairische Finanzminister Riedel betont, es liege im allgemeinen Interesse, die Brennerei als ein landwirthschaftliches Gewerbe zu erhalten. Die sogenannte Liebesgabe an die Brenner sei keineswegs eine Entschädigung für dieselben, sondern ein Korrektionsmittel für die Produktion zur Verhinderung der Ueberproduktion. Abg. Fürst Sayfeld (Reichspartei) erkennt die günstige Wirkung der Kontingentirung von 1887 an, einen großen Vortheil aber hätten davon nur die großen Brennereien. Er, Jedner, müsse jedoch bestreiten, daß die Landwirthschaft, soweit sie keinen Brennereibetrieb habe, davon Vortheil gehabt habe. Die Landwirthschaft hatte eher Schaden, denn sie hat in den letzten Jahren eine Million Doppelpentner Kartoffeln weniger zur Brennerei verwenden können. Ueber die zur Beseitigung der vorhandenen Uebelstände gemachten Vorschläge wäre wohl keine Einigung zu erzielen. Der gangbarste, vortheilhafteste und zugleich der ehrlichste Weg wäre die Einführung einer Fabriksteuer. Abg. Höffel (Ultras) spricht gegen die Vorlage. Er bedauert, daß man zur Aufbringung der erforderlichen Mittel nicht den Tabak herangezogen habe und empfiehlt auch eine stärkere Herausziehung der Börse. Abg. von Kardorff betont, wolle man das Brennereigewerbe aufrecht erhalten und wolle man kein Monopol schaffen, so

bleibe kein anderer Weg durch die Branntweinsteuer mehr Geld aufzubringen, als der von der Regierung vorgeschlagene. Abg. Stauby (conservativ) konstatirt, seine Partei sei darin vollkommen einig, daß sie für später die Einführung des Monopols wünsche und daß von der Steuerdifferenz nicht heruntergegangen werden dürfe. Er bedauert, daß die Regierung die Steuervorlagen nur vom finanziellen, nicht auch vom wirthschaftlichen Standpunkte aus betrachte. Damit wird die erste Besung der Vorlage geschlossen. Die Vorlage geht an die Militärcommission.

Frankreich. Der Feldzug gegen den Präsidenten Carnot nimmt einen erheblichen Umfang an; außer „Eucle“ und „Anterae“ verlangen auch „Figaro“ und „Justice“, Clemenceau Blatt, den Rücktritt des Präsidenten, der nur noch von den opportunistischen Blättern unterstützt wird. Der Kandidat des „Figaro“ soll Saussier sein, der auch vom „Soleil“ in auffälliger Weise patronisirt wird. Carnot erklärt indessen, er werde in diesem Augenblick seinen Posten unter keinen Umständen verlassen.

Dänemark. Der Berichterstatter des Finanzausschusses des dänischen Folkethings forderte den Minister des Auswärtigen auf, sich über eine angebliche Äußerung des deutschen Reichsanzlegers, Grafen Capriol, welche im Lande allgemeine Unruhe erregt habe, zu erklären. Es müsse bei allen Parteien Unruhe und in ganz Europa Argwohn erregen, wenn gesagt werde, daß Dänemark als drittes Glied in eine Koalition mit Frankreich und Rußland eintreten oder sich überhaupt auf Berechnungen hinsichtlich der großen Politik einlassen wolle. Der Minister des Auswärtigen Baron von Key-Thott antwortete hierauf: Die Äußerungen des Grafen Capriol seien in einer Ausschussung gefallen und liegen amtlich nicht vor. Die deutsche Regierung habe die erste mögliche Gelegenheit ergriffen, um zu erklären, daß die Mittheilungen der Zeitungen theils irreleitend, theils entstellend seien und nicht den wahren Ausdruck der Äußerungen des Reichsanzlegers bilden. Schon an demselben Tage, an welchem die ersten Nachrichten hier eingetroffen, habe der hiesige deutsche Gesandte erklärt, man müsse diese Berichte als übertrieben ansehen und es könne ihnen eine weitere Bedeutung nicht beigelegt werden. Am Tage darauf habe sojann der Gesandte sich an ihn, den Minister, gewandt und erklärt, die deutsche Regierung könne die Referate der Zeitungen als den Ausdruck der Äußerungen des Reichsanzlegers nicht ansehen, namentlich als die Beziehungen der deutschen zur dänischen Regierung vollkommen freundschaftliche seien und man deutscherseits nur diese freundschaftliche Situation zu bewahren wünsche, auch keinen Grund hätte anzunehmen, daß man dänischerseits andere Anschauungen begte. Der Deputirte Harald Holm gab dem Wunsch Ausdruck, daß es gelingen möge, den entstandenen Argwohn zu beseitigen. Der Deputirte Brandes hob hervor, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark seien eine Lebensbedingung für Dänemark. Der Deputirte Hauptmann Dinesen erklärte die Ausführungen des Ministers für vollkommen beruhigend zu halten, bedauerte aber ganz im Allgemeinen, daß diese fortwährenden Versicherungen der freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland als einer Lebensbedingung für Dänemark wie ein faktisches Basallenverhältniß zu Deutschland aussehen.

Deutliches und Sächsisches.

Kiesa, 18. Januar 1893.

— Sr. Majestät der König hat mittelst allerhöchsten Beschlusses vom 12. d. M. folgende Abänderungen für die Dienstbekleidung der Offiziere, des Sanitätspersonals, sowie einzelner Beamtenclassen der Militärverwaltung angeordnet. Hiernach trägt die Generalität: Achselstücke ohne Vorstoß mit weißem Unterfutter von ponceaurothem Tuche; die Offiziere der Jäger-Bataillone führen auf Epauletten und Achseln die Dotationennummer von gelbem Metall. Den Offizieren der Husaren-Regimenter wird gestattet, lange Beinfelder von lornblumenblauem Tuche mit gelbem bezw. weißem Vorstoß als Interimsbekleidung zu tragen. Sanitäts-offiziere, Unterärzte, einjährig-freiwillige Aerzte, Lazarethgehilfen und Militärkrankenwärter tragen Kragen und Aufschläge von dunkelblauem Tuch an Stelle des schwarzen Sammetes bez. schwarzen Tuches, Militärärzte und Lazarethgehilfen Waffenrockaufschläge von schwedischer Form. Erstere tragen zum Wassenrock glatte goldene Stiderei und Achselstücke nach abgeänderter Probe. Militärkrankenwärter erhalten lornblumenblau Aufschläge, Kranenträger schwedische Aufschläge, Vorstöße und Achselklappen von lornblumenrothem Tuche, Unterapotheker Schulterklappen von dergleichen Tuche am Wassenrock und Mantel ohne Vorstoß. Kranenträger erhalten weiße Knöpfe. Die Ministerialräthe vom Civil des Kriegsministeriums tragen an der Uniform lornblumenrothen Vorstoß, schwedische Aufschläge, auf diesen wie am Krage geblickerte goldene Stiderei, gelbe Wassenknöpfe, Epauletten der Beamteten, Offizierdegen und Achselstücke nach neuer Vorchrift. Der Auditoriat trägt an Stelle der Belege von dunkelblauem Sammet solche von dunkelblauem Tuche, am Wassenrock mit matter silberner Stiderei (schwedische Aufschläge), Epauletten mit silbernen Feldern, weiße Krüge, silberne Knöpfe und Helmbeschläge, silbernes Portepce, Offizierdegen und Achselstücke nach neuer Probe. Zeughausbüchsenmacher, Büchsenmacher und Wassenmeister tragen Mützen und Ueberzüge von grauemirtem Tuche. Sämtliche Oberbeamte der Militärverwaltung erhalten auf Epauletten und Achseln den Wappenschild nach abgeänderter Probe.

— Das Königl. 3. Feld-Art.-Regiment Nr. 32 schreibt heute eine Verdingung auf Lieferung von Schuherathen aus. Es handelt sich dabei um Tischler-, Stellmacher-, Hütcher- und Klemmerarbeiten, ferner um eiserne Geräte und Hackschneidmaschinen. Offerten sind bis zum 25. d. anzugeben und ist das Nähere aus der bezügl. Bekanntmachung im amtlichen Theil heutiger Nummer ersichtlich.

— Ein recht bedauerlicher Unglücksfall hat sich gestern in der siebenten Stunde ereignet, indem der Hüttenarbeiter Johann August Vov auf dem hiesigen Bahnhofe in der Nähe der Stellerei A (Sächsischer Seite) auf Gröbner Fluß von einer Maschine überfahren und sofort getödtet worden ist. Vov wohnte in Merzdorf, stand im 58. Lebensjahre, war verheirathet und Vater von 4 Kindern im Alter von 20, 19, 17 und 10 Jahren. Der Verunglückte hat mit einem Kollegen nach 6 Uhr das Eisenwerk verlassen und den Heimweg angetreten, statt aber den Communicationsweg zu benutzen, verjucht, vom Bahnhofende bis Merzdorf die Strecke zu begehen. Beim Erreichen des Bahnhofs haben Beide sich nicht umgesehen und das Geräusch der fahrenden und pfeifenden Maschine konnten sie nicht hören, weil sie sich der strengen Kälte wegen die Ohren zugebunden hatten. Während der Begleiter beim Erscheinen der Maschine noch die Föschung hinunterpringen konnte, ist Vov von der Maschine erfaßt und augenblicklich getödtet worden. Möchte dieser betrübende Unfall eine Warnung für alle diejenigen sein, die trotz des strengen Verbotes und der großen Gefahren immer wieder verjuchen, in unbesugter Weise die Eisenbahnstreden zu begehen.

— Seitens der Hausbesitzer wird recht vielfach Klage darüber geführt, daß die Mither (es betrifft dies allerdings wohl mehr deren dienstbare Geister) bei jetziger kalter Witterung aus Bequemlichkeitsrückichten den Kehricht in die Abtriettschloten schütten. Es entsteht dadurch eine vollständige Ausfüllung der Rohre, die letzteren verstopfen sich, gefrieren leicht zu und — die Retirade ist nicht mehr zu benutzen. Abgesehen davon, daß diese Ungehörigkeit eine der größten Unbequemlichkeiten mit sich führt, so kann dieselbe auch einen recht bedeutenden pecuniären Nachtheil im Gefolge haben. Denn derjenige, welcher sich solche Ungehörigkeiten (und der Dienstherr ist für seine Diensthofen verantwortlich) zu schulden kommen läßt, ist für das etwaige Zerbrechen der Rohre verantwortlich und hat den dadurch entstandenen Schaden zu tragen. — Andererseits giebt es aber auch Besizer, die sich weder um das Eine noch um das Andere in ihrem Besizthum kümmern, Schäden und Nachtheile in demselben, die häufig mit geringen Kosten und noch geringerer Mühe abgestellt werden könnten, nicht beseitigen.

— Der Schneeschuhspport scheint sich in Sachsen immer mehr auszubreiten. Namentlich in der Umgegend Dresdens begegnet man seit dem letzten großen Schneefalle auf den verschneiten Fluren und Landstrichen öfters eifrigen Jüngern des nordischen Sportes, die mit ihren befähigten Schienen abmelnden Holzschuhen die weitere Landbevölkerung nicht selten in gelinden Schreden versetzen. So hatte kürzlich ein auch durch seine Originalitäten vielgenannter Dresdner Schriftsteller, der allerdings durch die weiße und antike Tracht, in die er sich kleidet, eine besonders auffällige Erscheinung ist, das wenig beneidenswerthe Schicksal, von einem brauen Bäuerlein, als der leibhaftige Satanas angesehen und mit Entsetzen geflohen zu werden. — Auch in der Zittauer Gegend soll der Schneeschuhspport dem Vernehmen nach stark in Aufnahme gelangen.

— Vom Reichsgericht. Annancen müssen deutlich geschrieben sein. Wer gewohnt ist, seinen Namen und Wohnort undeutlich zu schreiben, that am besten, sich einen Gummi-stempel anzuschaffen und denselben beizubrüden. Wenn in Folge unieierlich oder undeutlich geschriebenen Manuscriptes Fehler in einer Annance entstehen, so braucht nach einer Entscheidung des Reichsgerichts kein Ertrag geleistet zu werden.

— Die von Preußen ausgehenden Bestrebungen, den Wein auch für die Gemeindebedürfnisse tributpflichtig zu machen, finden auch auswärts viel Anklang. Neuerdings hat der Magistrat von München eine Petition an den Reichstag und den Reichskanzler gerichtet und um Befreiung der dieser communalen Besteuerung entgegenstehenden geislichen Bestimmungen gebeten; eine Anzahl größerer Städte ist dieser Bittschrift bereits beigetreten und es ist Hoffnung vorhanden, neben der örtlichen Biersteuer auch eine Weinsteuer einführen zu können. Bei uns dürfte dieselbe allerdings mehr Arbeit als Einnahmen bringen, ebgleich es wohl nur gerecht ist neben dem Branntwein und dem Biere auch den Wein höher zu besteuern.

— B. Sächsischer Radfahrer-Vbund. Der Bezirks-Haupttag des Bezirkes Dresden, welcher am vergangenen Sonntag stattfand, hat einstimmig den Beschluß gefaßt, folgende Meisterschaften zur Ausschreibung zu bringen: 1. Meisterschaft von Europa im Rnnsfahren auf dem Hochrad, 2. Meisterschaft von Deutschland im Rnnsfahren auf dem Niederrad, 3. Meisterschaft von Sachsen im Rnnsfahren auf dem Hochrad, 4. Meisterschaft von Sachsen im Reigenfahren. Die Ausschreibung dieser 4 Meisterschaften findet am Freitag, den 14. April 1893 in den Räumen des GewerbehauseS zu Dresden, verbunden mit einem Saalfest, statt.

— Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß seitens der sächsischen Staatsbahnverwaltung mit Genehmigung des königlichen Finanzministeriums neuerdings wieder die Verwendung alter Frachtbrief-Formulare im Localverkehr bei regelmäßig wiederkehrenden Sendungen, gleichviel ob Wagenladung oder Stückgut, bis Ende April d. J. gestattet worden ist. Verwaltungsseitige Abkempelung aller Frachtbrief-Formulare wird jedoch nicht mehr erfolgen, ebenso ist ein Verkauf solch alter Frachtbriefe unzulässig.

— Der Discout der Reichsbank ist gestern auf 3 Proc. der Lombardzinsfuß für Darlehen gegen ausschließliche Verpfändung von Schuldverschreibungen des Reiches oder eines deutschen Staates auf 3½ Proc., gegen Verpfändung sonstiger Effekten und Waaren auf 4 Proc. herabgesetzt worden. Auch die Sächsische Bank ermäßigte in gleicher Weise den Zinsfuß.

— In deutschen Zeitungen erscheinen seit einiger Zeit Ankündigungen, in denen eine englische Firma „The International Mercantile Society“ 245 City Road London E. C. als deren Präsident sich E. C. Smith und als deren Secretary Bruno Heller unterzeichnet, für die Firma Schulburg,